



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

06.11.03

Auswirkungen der Kürzungen im Landeshaushalt auf die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen
Projektfortführung Phoenix-See

Presseerklärung

1. Auswirkungen der Kürzungen im Landeshaushalt auf die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen

Nachdem die Mittel der städtischen Beratungsstellen bereits gekürzt wurden, trifft es nunmehr auch und speziell die Erziehungsberatungsstellen der freien Träger, die schon ab 2004 mit erheblichen Einschnitten (140.000 € in 2004) rechnen müssen. Klar ist auch jetzt schon, dass die Kürzungen nicht kommunal aufgefangen werden können.

Die Landeskürzungen betreffen eine nicht nur aus unserer Sicht gesellschaftlich absolut notwendige Arbeit, die mit steigender Tendenz nachgefragt wird. Während die Eheberatung in etwa auf gleichem Niveau stattfindet, steigt die Nachfrage nach Erziehungsberatung kontinuierlich an. So wurden in einer Beratungsstelle zum Ende des dritten Quartals bereits die Zahlen vom Vorjahr erreicht. Eine Reduzierung dieses Beratungsangebotes führt unweigerlich zu einer Verlagerung von Problemen bei Kindern und Jugendlichen, die zu einem späteren Zeitpunkt umso gravierendere Auswirkungen haben und entsprechen höhere Kosten verursachen.

Kürzungsvorschläge des Landes bedürfen hinsichtlich ihrer Ausgewogenheit und Folgewirkungen der Überarbeitung.

Aus unserer Sicht sind die Landeskürzungen insoweit pädagogisch ohnehin kaum vertretbar. Die Bewältigung der daraus resultierenden Konsequenzen wird jedoch noch zusätzlich erschwert, indem gleichzeitig ein Personalschlüssel vorgegeben wird, der eingehalten werden muss, um die Anerkennung als Beratungsstelle nicht zu verlieren. Einsparungen sind in diesem Bereich aber nur über Personalanpassung möglich.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Wir sind der Auffassung, dass es in jedem Fall eine Übergangsfrist für die Einrichtungen geben muss, innerhalb derer das Land seine Verordnung über den notwendigen Personaleinsatz den veränderten Bedingungen anpassen sollte. Denkbar wäre auch eine gemeinsamer Dachverband der Beratungsstellen, um die Mindestpersonalverordnung zu umgehen.

Darüber hinaus müsste es den Beratungsstellen erlaubt sein, sozial gestaffelte Honorare für erbrachte Beratungsleistungen zu erheben. Sinnvoll wäre auch eine Budgetierung seitens des Landes, um einen grösseren Freiraum bei der Verteilung der gekürzten Mittel zu ermöglichen.

Letztlich werden auch die Träger darüber nachdenken müssen, inwieweit Einsparungen in ihrem jeweiligen Overhead möglich sind, um die eigentliche Beratungsarbeit fortsetzen zu können.

Unsere Fraktion wird sich für entsprechende Beschlüsse und Empfehlungen im Sozialausschuss einsetzen.

2. Projektfortführung Phoenix-See

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind nach wie vor der Meinung, dass das Projekt Phoenix-See auf einem guten Weg ist. Die Finanzierungproblematik ist unbestritten. Es bedarf eines immensen Mitteleinsatzes, um eine Vorstellung zu realisieren, die aus unserer Sicht nicht nur eine spezielle ökologische Aufwertung beinhaltet, sondern vor allen Dingen aus städtebaulicher Sicht eine einmalige Chance bedeutet, einen durch die ehemals industrielle Nutzung auf Phoenix-West und Ost gebeutelten und zerschnittenen Stadtbezirk zu einer Einheit zusammenzuführen.

Dass das Umweltministerium über Projekte zu entscheiden hat, die unter reinen Naturschutzgesichtspunkten höher anzusiedeln sind, leuchtet unmittelbar ein. Das ändert nichts an der Haltung aller bisher am Prozess Beteiligten, dieses Projekt auch zukünftig zu unterstützen.

Dass es sich bei den Dortmunder Plänen nicht um ein nachrangig zu behandelndes Wolkenkuckucksheim handelt, machen folgende Fakten deutlich:

- Es sind bereits Fördermittel in Höhe von 1,33 Mio Euro für Erkundungsmaßnahmen (bergbauliche Sicherungsmaßnahmen, UVP-Studien, vermessungstechnische Arbeiten etc.) geflossen. 80% wurden vom Land gefördert.
- Es laufen intensive Gespräche mit TKS, um die Grundstücksübernahme bis zum Jahr 2004 zu klären.
- Darüber hinaus gibt es kontinuierliche Gespräche mit der Landesregierung. Ziel ist es, dass die notwendigen Fördermittel in 2004 im Landeshaushalt eingestellt werden.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

- Das Land hat die Stadt aufgefordert, bis zum Jahresende eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, aus der ersichtlich wird, welche Fördertöpfe vorrangig in Frage kommen.

Inwieweit ein EU-Großprojekteantrag Sinn macht, ist noch unklar, da das Procedere wesentlich langwieriger ist, sich die eigentlichen Fördervolumina jedoch nicht ändern.

Nicht zuletzt ist an der Projektrealisierung auch die EmscherGenossenschaft beteiligt.

Die bisher geleistete Arbeit macht deutlich, dass die Beteiligten gewillt sind, das ehrgeizige Projekt zu verwirklichen. Wir werden uns nach wie vor dafür einsetzen, dass die ursprünglich zugesagten Fördermittel tatsächlich fließen und unsere Position auch gegenüber dem Umweltministerium verdeutlichen.